

## Thomas Spranz-Fogasy (Mannheim)

# David und Goliath - Bürger in umweltpolitischen Auseinandersetzungen mit Behörden

## 1. Einleitung

Diskussionen um großtechnologischer Ansiedlungsprojekte haben in den letzten Jahrzehnten starke Veränderungen erfahren. Waren sie früher lokal begrenzt und eher vom Kampf um regionale ökonomische Vorteile gekennzeichnet, so rufen solche Projekte heute meist sofort bei ihrer Ankündigung erbitterte Gegnerschaft aus der Bevölkerung auf den Plan und finden landesweit, oft auch internationale Beachtung. In jahrelangen Auseinandersetzungen werden dann von den verschiedenen Seiten die Entwicklungen trickreich vorangetrieben oder bekämpft, werden auf allen Seiten technische, ökonomische oder juristische Fachleute und Medien für die eigene Sache zu funktionalisieren gesucht, werden kommunikative Strategien entwickelt und durchgeführt.

Die Ansiedlung großtechnologischer Projekte ist in den Industriegesellschaften der westlichen Welt eben nicht mehr nur unter technologischen Aspekten ein äußerst aufwendiges Verfahren. Sie umfaßt daneben auch geografische, geologische, verwalterische und politische Planung, und sie erfordert in zunehmendem Maße auch *kommunikative Kompetenz* durch die gesetzlich festgeschriebenen Notwendigkeiten der Beteiligung aller relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen am Planungsprozeß (s. Wiedemann et al. 1991 und Wiedemann / Nothdurft 1997). Für Investoren bilden die umweltpolitischen Diskussionen, die sich an großtechnologischen Projekten entzünden, immer mehr ein Haupthindernis in den ohnedies langwierigen Prozessen der Ansiedlung. Die Verwaltung steht zwischen ökonomischen Planungen und bürgerlichen Wünschen und muß nach beiden Seiten die politischen und verwalterischen Ansprüche und Zwänge vermitteln. Das verwalterisch-expertische Handeln zeigt sich dabei aus verschiedenen Gründen als intransparent, es gibt Verfahrenseinsseitigkeiten, und beides leistet Vorschub für die Wahrnehmung als absichtlich abgeschottetes und gezielt dekretistisches und damit un-

terdrückendes Handeln auf Seiten der bürgerlichen Laien (Wiedemann et al. 1993).

Das Geschehen in einem solchen Verfahren ist im Wesentlichen ein kommunikatives Geschehen, und es spitzt sich fast immer zu einem Konflikt zu. Es zeigt sich dann, daß es in solchen Konflikten „um das Zusammenspiel der Kommunikationsteilnehmer geht, daß alles, was passiert, von beiden Seiten bestimmt wird, und daß es keine klaren 'Täter- und Opfer-Rollen' gibt, wenn sich bspw. Bürgerinitiativler und Behördenvertreter in umweltrelevanten Konflikten beim Erörterungstermin begegnen“ (ebd.: 163).

Am Beispiel eines mittlerweile abgeschlossenen, weil niedergeschlagenen Ansiedlungsverfahrens für eine Müllverbrennungsanlage in Nordrhein-Westfalen sollen hier, fokussiert auf die Auseinandersetzung zwischen Behörden einerseits und gegnerisch-kritischen Bürgern andererseits, einige kommunikative Strategien *der Bürgerseite* dargestellt werden, die in diesem Verfahren realisiert wurden.<sup>1</sup> Die Aufdeckung solcher Strategien, die sich selbstverständlich auch auf der Gegenseite finden lassen, dient nicht als Vorlage zur Entwicklung von Konterstrategien, sondern zielt in erster Linie auf die Reflexion kritischer Kommunikationsphänomene eines langgestreckten sozialen Diskurses, die ob der Komplexität und Dauer eines solchen Geschehens oft weder in ihrer emergenten Konstitutionsweise noch in ihren funktionalen und dysfunktionalen Auswirkungen wahrgenommen und antizipiert werden können. Auf diesem Wege werden dann kommunikative Fallen, unbeabsichtigte Wirkungen oder auch unvermeidliche Dilemmata solcher Diskurse in ihren strukturellen Zusammenhängen erkennbar. Beteiligte an solchen Diskursen haben dadurch die Möglichkeit, durch eine solche Auseinandersetzung mit kommunikativen Geschehnissen ihre kommunikative Kompetenz zu erweitern und an kommunikativer Flexibilität zu gewinnen.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Die ethnografischen Erhebungen dazu wurden im Zusammenhang des Projekts „Bedeutungskonstitution“ aus dem SFB 245 „Sprache und Situation“ unter Leitung von Werner Nothdurft am Institut für deutsche Sprache durchgeführt. Neben den bisher erschienenen Publikationen (Angaben in Nothdurft 1996 und 1996 a) sind zwei weitere Buchveröffentlichungen zum umweltpolitischen Diskurs sowie zu interaktionstheoretischen Aspekten solcher Diskurse in Vorbereitung.

<sup>2</sup> Kompetenzerweiterung und Flexibilitätszuwachs sind die zentralen Lernziele eines Kommunikationstrainings, das Wiedemann et al. (1993) für die Leiter von Erörterungsterminen in Planfeststellungsverfahren entwickelt und durchgeführt haben.

## 2. Der Fall einer Müllverbrennungsanlage

Ende 1987 beschloß die bundesweite Kohlenrunde die Stilllegung einer Steinkohlengrube in einer nordrhein-westfälischen Gemeinde. Kurz darauf kam von privater Seite ein Planungsvorschlag für ein Entsorgungszentrum mit einem Investitionsvolumen von 500 Mio. DM auf dem freiwerdenden Gelände. Der Plan wurde vom Gemeinderat der Zielgemeinde zunächst unterstützt und von der Betreibergesellschaft dementsprechend weiter verfolgt. Die Vorarbeiten mündeten schließlich im Mai 1991 in die Einreichung zum Planfeststellungsverfahren beim Regierungsbezirk.

Dieses Verfahren ist bei allen wirtschaftlich-technischen Projekten dieser Größenordnung vorgeschrieben. Die Verwaltung des Regierungsbezirks prüft die eingereichten Unterlagen und erläßt in einem ersten Schritt Auflagen zur Verbesserung der Planungsunterlagen nach den gesetzlichen Vorschriften (z.B. Emissionswerte etc.).

Ende 1994 wurde kurzfristig ein Termin für Anfang 1995 anberaumt und durchgeführt, bei dem die Einwände verschiedener betroffener Beteiligter (Verwaltung, Gemeinden, Kreis, Vereinigungen, Bürger) erörtert wurden und letzte Auflagen zur Verbesserung des eingereichten Plans bzw. zum künftigen Betrieb der geplanten Anlage(n) festgelegt wurden. Der Kreis wehrte sich gegen die Anordnung der Bezirksregierung, seinen Müll ab 1999 in der geplanten Müllverbrennungsanlage zu verbrennen und bekam im Frühjahr 1995 letztinstanzlich vor dem zuständigen Oberverwaltungsgericht recht. Die veränderte landespolitische Situation nach den Wahlen 1995 führte zu einer geschlossenen Front gegen die geplante Müllverbrennungsanlage, und tatsächlich war diese damit vom Tisch.

Von Beginn der öffentlichen Bekanntgabe an war das Projekt in der Gemeinde umstritten. Durch die Art der Präsentation des Projekts seitens der Betreiber im Verbund mit den politischen Parteien der Gemeinde wurde Widerstand geweckt, der sich zunächst in der Bildung einer Bürgerinitiative und in Gegenveranstaltungen manifestierte und dann, daraus erwachsend, auch zur (gemeinde-)politischen Parteiengründung einer Freien Wählergemeinschaft führte. Stark engagiert waren auch Teile der Kirchengemeinden, die einen Kristallisationspunkt der Diskussionen abgaben. Es gab im Wechsel eine Reihe von Veranstaltungen auf den verschiedensten Ebenen: in den Gremien der Gemeinde, des Kreises und der darin aktiven Parteien, von Betreiberseite, von Gegnerseite, von Seiten der Kirche auf Kirchengemeinde- und Kirchenkreisebene. In den umliegenden Gemeinden

(auch außerhalb des Kreises) wurden ebenfalls Informationsveranstaltungen abgehalten, und die zuständigen Gremien auf Bezirksebene tagten häufig zu diesem Thema.

Motoren der Veranstaltungsereignisse waren die einzelnen Planungsschritte, die im Rahmen der Ansiedlung großtechnologischer Projekte anfallen sowie vor allem auch besondere, und in diesem Falle sehr dekretistisch bekanntgegebene Mitteilungen der Behörden über Planungsänderungen, z.B. bezüglich der Anlagenkapazitäten. Und auch die regelmäßigen Wahlen auf kommunaler, landes- und bundespolitischer Ebene hatten einen starken Einfluß auf die Dynamik des Geschehens. Lange Zeiten relativer Ruhe wurden dann abgelöst von hektischen Aktivitäten insbesondere auf Gegenseite, mit denen der Widerstand anhand kritischer Ereignisse organisiert werden sollte.

### **3. Kommunikative Strategien von Bürgerseite in der Auseinandersetzung mit Behörden**

Der Topos vom Kampf des kleinen Mannes gegen übermächtige anonyme Gegner in Wirtschaft und Verwaltung, der Topos also vom Kampf Davids gegen Goliath ist selbst Bestandteil eines solchen Diskurses. Er wird - klarerweise - nicht von Großkonzernen oder der Verwaltung im Mund geführt, sondern von den Bürgern, von den Gegnern einer großtechnologischer Ansiedlung. Er wird von dieser Seite beansprucht, selbst wenn eine noch so große Institution wie bspw. GREENPEACE oder der BUND dahintersteht<sup>3</sup> und das Projekt selbst von Unternehmen mit eher beschränkter Wirtschaftskraft betrieben wird.

In meinem Beitrag geht es weniger um die Mächtigkeit der Betreiber- und Verwaltungsseite, sondern um die Diskursstrategien der laienhaften Gegner, der ach so „kleinen“ Leute. Ich werde im folgenden - eher ethnografisch als linguistisch - einige der Strategien im Kampf um die Müllverbrennungsanlage darstellen, und sie gelegentlich anhand von Transkriptausschnitten aus einem gesprächsanalytischen Film illustrieren, den Werner Nothdurft und ich hergestellt haben (s. Nothdurft / Spranz-Fogasy 1993).<sup>4</sup> Die Filmausschnitte darin stammen

---

<sup>3</sup> Regelmäßig stilisiert sich z.B. GREENPEACE zum David, so als ständig wiederkehrender Topos in der Auseinandersetzung mit SHELL bzgl. der Ölplattform „Brent Spar“.

<sup>4</sup> Der vorliegende Beitrag basiert in Teilen auf dem Skript zu diesem Film.

aus dem Film „Restrisiko“ von Bertram Verhaag und Claus Strigel zum Anhörungsverfahren für die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf.

### 3.1 Stilisierungen: positive - negative

Selbststilisierung, Fremdstilisierung und feste Erwartungen - das sind in umweltpolitischen Auseinandersetzungen die Vorgaben, die eine self-fulfilling prophecy konstituieren (s. Spiegel 1997). Beteiligte operieren in umweltpolitischen Auseinandersetzungen mit sehr festen Vorstellungen und Erwartungen darüber, was ihnen dort begegnen wird, und vor allem, wer ihnen dort begegnet und gegenübersteht wird (s. Wiedemann et al. 1993). Diese Vorstellungen sind bestimmt durch die Geschichte, die sich bis dato jeweils ergeben hat. Die Vorstellungen sind in der Regel geprägt durch kontrastive, oft negative Stilisierungen des anderen Beteiligten. Die Bedingungen für eine Revision der Fremdwahrnehmung sind ungünstig. In der Öffentlichkeit besteht die Gefahr, das Gesicht zu verlieren, wenn man seine Meinung revidiert. Das festgefahrene Arrangement macht es schwer, den Anderen anders als in der vorgegebenen Rolle wahrzunehmen. Nach unseren Beobachtungen zielt das Handeln der Beteiligten oft darauf ab, die eigenen Bilder der Anderen zu bestätigen und sich so zu verhalten, daß der Andere in einer Weise reagiert, die das eigene Bild bestätigt.<sup>5</sup>

Einer der wirksamsten Topoi in diesen Auseinandersetzungen ist der Titeltopos vom Kampf Davids gegen Goliath. Er ist nicht nur griffig und sorgt für emotionale Solidarisierung in der Bevölkerung - er erlaubt auch den Griff nach unsauberen Methoden und das Überspielen ansonsten hochgehaltener soziomoralischer Werte. Die Stilisierung der anderen Seite als expertisch, politisch, exekutiv, medial und ökonomisch übermächtige Gegner führt dazu, daß die eigene Vorgehensweise verschleiert wird, daß kollusive Verbindungen eingegangen werden, absichtlich oder fahrlässig Falschinformationen weitergeleitet werden, die Kommunikation verweigert wird usw. In vielen vertraulichen Gesprächen wurden mir während der ethnografischen Untersuchungen zum öffentlichen Diskurs um die Müllverbrennungsanlage (s. 2.) solche Taktiken dargestellt und moralisch verteidigt.

---

<sup>5</sup> Vgl. dazu auch die Untersuchungen zur subjektiven Konfliktorganisation in Schlichtungsgesprächen in Nothdurft (1998) sowie zu Interaktionsprofilen (Spranz-Fogasy 1997).

Die Stilisierung hat so zwei Seiten: nach außen hin eine medial verbreitete und persistent präsentierte und nach innen eine exkulpatorische. David der schwache, kleine, aber trickreiche und intelligente gegen den plumpen Riesen Goliath.

### **3.2      Organisierung der Widerstandskräfte:           getrennt marschieren ...**

In umweltpolitischen Auseinandersetzungen wird die Verwaltung im Verein mit den treibenden politischen und/oder ökonomischen Kräften als Macht mit großen Organisationsressourcen und Manpower wahrgenommen. Dagegen gilt es für die Gegner eines Projekts, eigene, widerständige Kräfte aufzubauen und einen gewissen Organisationsgrad zu erreichen. Es werden Gruppen und Untergruppen gebildet, es werden vergleichbare Gruppierungen an anderen Orten konsultiert, regionale, überregionale und nationale Netzwerke hergestellt. Im Falle des Widerstands gegen die Müllverbrennungsanlage haben die beiden Gruppierungen der Gegner, eine Bürgerinitiative und daraus erwachsend eine Freie Wählergemeinschaft, Verbindungen zu Gegnern vergleichbarer Projekte geknüpft, haben sich mit Kreis- und Landesparteien verbunden, und sie haben sich an Organisationen wie den BUND, GREENPEACE oder das bundesweite „Bessere Müllkonzept“ angeschlossen. Der Laie schafft sich so Verbündete mit Expertise in den verschiedensten Bereichen.

Eine ganz wichtige Entscheidung war aber die schon erwähnte Aufteilung in eine Bürgerinitiative und eine Freie Wählergemeinschaft, also eine kommunalpolitische Partei. Das machte einen Zwei-Flügel-Kampf möglich: auf der einen Seite die Bürgerinitiative, die ohne Rücksichten auf Verfahrenszwänge und politische Umgangsregeln Aktivitäten entfalten konnte, auf der anderen Seite dann Gemeindepolitiker, die selbst Bestandteil der Verwaltung wurden, Einsichtsrechte in Behördenvorgänge hatten und selbst die Kommunalpolitik beeinflussen konnten. Auf das hervorstechendste Ergebnis dieser Taktik gehe ich im folgenden ein.

### **3.3      Verfahrenshindernisse aufbauen**

Umweltpolitisches Verwaltungshandeln ist, wie alles Verwaltungshandeln, in Verfahren gegossen. Diese Verfahren enthalten viele einzelne Schritte (z.B. eine Umweltverträglichkeitsprüfung, ein Planfeststel-

lungsverfahren usw.). Jeder einzelne dieser Schritte kann von der Gegenseite auf's Korn genommen werden. Insbesondere der Anfang eines langfristigen Verfahrens wird von der Gegenseite hinauszuzögern gesucht; das macht die Projektion des Verfahrens langwierig, die Kostenerwartungen werden in die Höhe getrieben (womit man dann von Gegenseite wieder argumentieren kann) usw. Die Phase vor dem eigentlichen Anfang eignet sich zudem gut für die Austragung von Machtkämpfen; diese Phase bietet die Gelegenheit, Macht zu demonstrieren, zu zeigen, daß man sich nichts gefallen lassen will oder daß man sich auf nichts einläßt. Schließlich: Wenn man darauf aus ist, die Planung insgesamt zu blockieren, ist hier der geeignete Augenblick, dies zu tun. Von Verwaltungsseite aus wird solches Handeln gerade in dieser Phase als reine Obstruktion erlebt.

Ich möchte jetzt etwas näher schildern, wie die Gegner der Müllverbrennungsanlage mit ihrer Zwei-Flügel-Organisation in einer Art Domino-Taktik auf kommunalpolitischer Ebene das Projekt zu Fall brachten. Ausgangspunkt war der Unterstützungsbeschuß des Gemeinderats sehr zu Beginn der Ansiedlungsplanung. Dieser Beschluß schien die Gemeinde u.a. dazu zu verpflichten, das Grubengelände als Industriegebiet auszuweisen. Die Rücknahme des Beschlusses würde dementsprechend eine andere Ausweisung ermöglichen und es den Behörden schwerer machen, das Projekt durchzuführen. Außerdem würde eine Rücknahme dafür sorgen, daß die Gemeinde kostspielige Gutachten durchführen lassen oder juristische Verfahren gegen übergeordnete Verwaltungen (z.B. das Regierungspräsidium) finanzieren müßte.

Der erste Schritt der Gegner war deshalb, durch die Freie Wählergemeinschaft (FWG) einen Antrag auf Rücknahme des Unterstützungsbeschlusses im Gemeinderat behandeln zu lassen. Dazu warb wiederum die Bürgerinitiative öffentlich um Beistand der Bürger. Es kamen denn auch ungewöhnlich viele Bürger zur öffentlichen Sitzung.<sup>6</sup> Der Antrag der FWG wurde zwar abgelehnt, aber das Ergebnis war sehr knapp, und die Geschlossenheit der anderen Fraktionen (CDU und SPD) geriet ins Wanken. Im Übrigen war ein SPD-Ratsmitglied ursprünglich Begründer der Bürgerinitiative und hat sich nach seinen

---

<sup>6</sup> Nach Ansicht eines ortskundigen Beobachters waren jedoch die wenigsten davon ortsansässig, sondern kamen aus dem Umland, in dem ebenfalls Entsorgungsanlagen geplant waren und der Mobilisierungsgrad bereits wesentlich höher war.

eigenen Worten für die SPD nur aufstellen lassen, um die Müllverbrennungsanlage zu bekämpfen.<sup>7</sup>

Nach der Ablehnung des FWG-Antrags wurde aus den Reihen der Bürgerinitiative ein sogenannter Bürgerantrag gegen die Müllverbrennungsanlage gestellt, der im Hauptausschuß der Gemeinde, einem Gremium des Gemeinderats, behandelt wurde. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt, aber die Gegnerschaft blieb dadurch kommunalpolitisch und medial präsent. Schließlich wurde im Umweltausschuß des Gemeinderats eine Resolution gegen den Unterstützungsbeschluß durchgebracht. Dessen Vorsitzender war das eben genannte SPD-Ratsmitglied, und er hatte dafür gesorgt, daß seine Fraktionskollegen - jedenfalls die, die nicht seiner Meinung waren - erst eine Stunde vor der Sitzung erfuhren, was behandelt werden würde. Diese SPDler stellten Antrag auf Nichtbehandlung der Resolution, der jedoch abgelehnt wurde - was aber nur eine Art Probeabstimmung für die Stimmenverteilung war, und genauso kam es auch: die Ablehnung dieses Antrags korrelierte absolut mit der Zustimmung zur Resolution. Jetzt ging diese Resolution zurück an den Gemeinderat, und es war klar, daß aufgrund der zwischenzeitlichen Veränderungen der kommunalpolitischen Landschaft der Unterstützungsbeschluß zurückgenommen würde. Die Strategie, mit mehreren, unterschiedlich verorteten Organisationen zu arbeiten - als Bürgerinitiative, als Freie Wählergemeinschaft, als 5. Kolonne - hatte sich als Erfolg erwiesen. Mit der Rücknahme des ursprünglichen Beschlusses gab es keine gemeindepolitische Unterstützung des Projekts mehr, und es wurden zugleich hohe Verfahrenshindernisse aufgebaut, übergeordnete Verwaltungsteile mußten im folgenden jeden einzelnen Schritt in hohem Maße juristisch und politisch absichern.

### **3.4 Stimmung machen, Wählerarbeit, Verschwörungen**

Der Kampf der Bürger in umweltpolitischen Auseinandersetzungen mit Behörden richtet sich gegen eine vermeintlich übermächtige und anonyme Institution. Da ist oft jedes Mittel recht oder wird vor der eigenen Klientel als legitim behandelt. Im Fall der Müllverbrennungsanlage hat es u.a. umfangreiche Medienarbeit gegeben. Zu Beginn des Diskurses wurden beispielsweise über mehrere Wochen hinweg in den örtlichen Tageszeitungen täglich mehrere Leserbriefe von

---

<sup>7</sup> Es handelt sich hier um eine weitere Strategie der Unterwanderung.

Projektkritikern veröffentlicht. Das diente dazu, Stimmung zu machen gegen das Projekt, aber auch dazu, den Widerstand zu organisieren und, in Form einer Bürgerinitiative, zu institutionalisieren, und öffentlich zu demonstrieren, daß sich ein Gutteil der Bevölkerung gegen das Projekt wende. Man versuchte, die Journalisten - eine ohnedies kritische Gesellschaftsgruppe mit publizistischen Quotenzwängen - zu vereinnahmen, was auch teilweise gelang. Journalisten, die in der Bürgerinitiative aktiv waren, haben vom Verlautbarungsjournalismus immer dann in kritischer Weise Abstand genommen, wenn die Verlautbarungen von den Befürwortern kamen oder wenn Behörden Planungen bekanntgaben. Auch andere Institutionen, wie z.B. die Kirchengemeinden, wurden funktionalisiert, es gab regelrechte theologische Debatten zu Fragen der Erhaltung von Natur und Umwelt. Es wurden von privater Seite Eingaben an die Behörden gerichtet - und alles dies, um den Lauf des Verfahrens zu behindern.

In späteren Phasen wurde das Instrument der Leserbriefe weitergehend und spezifischer genutzt, es gab regelrechte und systematische Kampagnen mit abgesprochenen und gestaffelt veröffentlichten Leserbriefen. Die Rollen der Briefschreiber wurden stilisiert und verteilt, es schrieb die *empörte Hausfrau*, der *besorgte Familienvater*, der *technische Experte*, der *Jurist* usw. Richtete sich ein Artikel eines Journalisten einmal eher zufällig oder in Nebentönen gegen die Aktivitäten oder die Intentionen der Bürgerinitiative, wurde auf diesem Wege dann die Volksseele aktiviert.

Es wurden auch ganze Veranstaltungsreihen zur Müllverbrennungsanlage oder zu verwandten Themen wie Müllvermeidung, Verpackungswahn usw. organisiert. Und es wurden gegnerische Veranstaltungen systematisch gestört. Ein Höhepunkt dabei war, daß für den Vortrag eines technischen Experten und Befürworters der Müllverbrennung Mitglieder der Bürgerinitiative durch ihren technischen Experten regelrecht gecoacht worden waren und mit abgesprochenen und auf Kärtchen notierten Diskussionsbeiträgen die Diskussion dominierten. Das Publikum aus der Bevölkerung erschien so als voll auf der Höhe der differenziertesten technischen Diskussion.

Es gab noch eine ganze Reihe weiterer kollusiv zu nennender Aktivitäten, so wurden beispielsweise auch wir, als Wissenschaftler und im Feld wirksame Personen, für die Sache der Gegner zu funktionalisieren gesucht, oder man hat uns mit öffentlichen Anfragen und anderen Mitteln aus dem Geschehen herauszuhalten versucht.

### 3.5 Expertisierung

Die Auseinandersetzung mit dem in vielen Hinsichten als übermächtig stilisierten Gegner führt dazu, auf den verschiedenen Fachebenen Expertise zu entwickeln. Man nimmt nicht nur Experten der eigenen Auffassung in Anspruch, sondern bildet eigene Expertenschaft aus: den technische Experten, den Medienexperten, den juristischen Experten, den Verwaltungsexperten usw. Diese Experten entwickeln dann auf den verschiedenen Ebenen zusammenwirkende Strategien, um den wirklichen oder vermeintlichen Strategien der Gegner Paroli zu bieten.

Auf allen Ebenen werden in solchen Auseinandersetzungen Feinheiten austariert, beispielsweise wenn immer differenziertere Angaben eingefordert werden: Dann spielen *Daten* eine wesentliche Rolle - Abgaswerte, Strahlenbelastung, Toxizitätsäquivalente, Emissionsmaße - in Untersuchungen gemessene Werte jedenfalls.<sup>8</sup> Hier gibt es das Problem der Unendlichkeit des Messens: Man hätte immer noch mehr messen können, hätte immer genauer messen können, hätte immer auch anderes messen können. Die Entscheidung, was wie genau gemessen wird, und was veröffentlicht oder zugänglich gemacht wird, ist immer eine politische Entscheidung. Durch dieses Aufeinandertreffen von politisch-pragmatischen Gesichtspunkten mit der Maxime unbegrenzt möglichen Messens eröffnet sich ein weites Konfliktfeld.<sup>9</sup> Daß ein bestimmter Wert meßbar gewesen wäre, aber nicht gemessen wurde, kann jederzeit als Verheimlichung und als Hintergehen der Öffentlichkeit interpretiert werden. Vor allem zu Beginn der Auseinandersetzung um die Müllverbrennungsanlage, aber auch noch später, wurden Emissionsfragen in allen Details zu einem zentralen Diskussionsobjekt gemacht, um die Unkenntnis oder gar schlimmer noch die bewußte Ignoranz der Befürworter anzuprangern. Ein Beispiel, wie diese Frage mit ehrenrührigen Unterstellungen in Zusammenhang gebracht werden kann, zeigt der folgende Ausschnitt aus der Einwendung eines Juristen der Gegenseite aus dem Erörterungsverfahren für die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf:<sup>10</sup>

---

<sup>8</sup> Zur Auseinandersetzung um solche Daten s. Nothdurft (1992) sowie Spranz-Fogasy (1992) und (1993).

<sup>9</sup> Zu solchen prozessualen Kommunikationsproblemen s. Deppermann / Spranz-Fogasy (1998).

<sup>10</sup> Die Verschriftlichung dieses und der folgenden Ausschnitte ist rein inhaltsorientiert.

Ganz, ganz konkret: Wir erwarten aus solchen Protokollen Hinweise auf Anomalien - ich will jetzt mal deutsch sagen - auf Ungewöhnlichkeiten bei den Bohrarbeiten. Das können Spülverluste sein, das können Änderungen der Spülflüssigkeit sein, das können Unterbrechungen der Arbeit sein. Ich meine, irgendwo einmal erfahren zu haben, daß auch ein Wasserwirtschaftsamt sich mal gegen Verwendung bestimmter Spülmittel eingesetzt hat. Ich weiß nicht, was noch zu erwarten wäre. Das ist ja der Grund, warum wir das gerne sehen. Ich meine, da ist noch Einiges zu erwarten. Wir erwarten überhaupt Hinweise auf ordnungsgemäße oder eben nicht ordnungsgemäße Bohrarbeiten; wir erwarten Hinweise und Beweise für die Zuverlässigkeit der Bohrfirma. (APPLAUS) [...] Es ist uns bekannt, daß für Sie eine Firma Terrasant gebohrt hat. Diese Firma ist im Ruch, an anderer Stelle sogenannte Bleistiftbohrungen gemacht zu haben. Das sind solche, die nur auf dem Papier standen, aber in der Praxis draußen nicht durchgeführt worden sind. Es ist durchaus möglich, daß Sie in Ihren Papieren irgendwelche Bohrungen verzeichnet haben, die vielleicht gar nicht stattgefunden haben. Halten Sie das für möglich? Ist das der Grund, warum Sie die Tagesbohrprotokolle nicht auf den Tisch legen? Was ist denn der Grund, nennen Sie doch den Grund, warum Sie die Tagesbohrprotokolle nicht auf den Tisch legen wollen. (APPLAUS)

### 3.6 Terminologisierung und der Umgang mit Terminologien<sup>11</sup>

Umweltpolitische Auseinandersetzungen sind in sehr erheblichem Maße auch praktische Sprachkritik. Häufig werden Formulierungen der Gegenseite aufgespießt. Der Gegner wird beim Wort genommen, Redewendungen werden hinterfragt, Ausdrücke auseinandergenommen - stets natürlich in politischer Absicht und verhandlungstaktischem Interesse. Solche praktisch-semantischen Analysen haben eine besondere rhetorische Suggestivität: Sie entfalten die Bedeutung eines Ausdrucks an Ort und Stelle und drücken damit dem aktuellen Geschehen eine eigens hergestellte Bedeutung auf. Im Falle der Ansiedlungsplanung für das Entsorgungszentrum beispielsweise haben die Gegner so gut wie nie den Ausdruck *Entsorgungszentrum* benutzt oder das euphemistische Kürzel der Planungsgruppe. Stets wurde nur der Ausdruck Müllverbrennungsanlage oder abgekürzt MVA benutzt, obwohl die Anlage fünf verschiedene Komponenten enthalten sollte: eine Verbrennungsanlage für Siedlungsabfälle, eine für Industrierückstände, eine Behandlungsanlage für Verbrennungsrückstände, eine biologische Bodenreinigungsanlage sowie eine Boden-

---

<sup>11</sup> Vgl. dazu bes. Nothdurft (1996).

waschanlage. Die Konzentration auf die Müllverbrennungsanlage hatte für die Kritiker des Projekts den Vorteil einer für alle greifbaren und aufgrund der technischen Anlage besonders klaren Gegnerschaft.

Eine andere Möglichkeit ist es, bestimmte Ausdrücke aufzugreifen und dem Gegner Stricke daraus zu drehen, wie in den folgenden beiden Ausschnitten. Im ersten Beispiel wird dem Versammlungsleiter vom Anwalt der Einwander in Wackersdorf der juristische Titel des Verfahrensschrittes „Erörterungstermin“ vorgehalten und damit ein Interaktionshandeln eingefordert, das dem alltagsweltlichen Verständnis von „erörtern“ entspricht. Dies wird zusätzlich verknüpft mit dem moralisierenden Hinweis auf die „Sorgen der Bevölkerung“, denen sich die Behörde, so die Suggestion, zu entziehen scheint:

Sie haben doch das schöne Wort gebraucht, daß das Erörterungsverfahren das Kernstück des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens ist. Haben Sie so schön gesagt, daran wollen wir Sie gern festhalten. Aber bei diesem Kernstück der Diskussion wollen wir nicht nur an Sie hinreden mit Monologen, sondern da wollen wir einen Dialog führen und wollen wissen, wie Sie den Sorgen der Bevölkerung Rechnung tragen wollen. (APPLAUS)

Im nächsten Ausschnitt aus demselben Verfahren nutzt ein Psychotherapeut, als Vertreter von Einwendern, die psychoanalytische Assoziationstechnik, um einen physikalischen Terminus technicus in seinen euphemistischen Implikationen zu decouvrieren:

Wir alle müssen beginnen, unsere Phantasie zu schulen, damit wir uns ein Atominferno vorstellen können. Es wird bei der Atomtechnologie von Restrisiken gesprochen. Tatsache aber ist, sehr geehrte Herren, daß durch die Atomtechnologie nicht Risiken übrig bleiben, sondern erst erzeugt werden.

Des weiteren werden Mitarbeiter der Verwaltung auch vorgeführt, wenn sie aus Mangel an Sachkenntnissen über bestimmte Sachverhalte nicht kompetent sein können. Im folgenden Ausschnitt beantwortet der Verhandlungsleiter (VL) in Wackersdorf die Frage einer Einwanderin (EW) zwar konsistent zu den Gesichtspunkten, die für ihn leitend sind, redet damit aber glatt an den Zusammenhängen, die für die Fragende leitend sind, vorbei.

EW: Durch das geplante Vorhaben der DWK werden entsprechend der Windrichtung viele Gemeindegebiete nah und fern von der Abluffahne aus dem geplanten 200 Meter hohen Abgaskamin berührt werden. Tschernobyl hat gezeigt, daß selbst 1 500 Kilometer keine ausreichende Entfernung sind. Die von der DWK

beantragten jährlichen Emissionen für den Normalbetrieb sind gewaltig. Ein Vergleich: Sie betragen bei Edelgasen etwa ein Zwanzigstel des Ausstoßes beim Tschernobylunfall bezogen auf den 6. Mai 1986. Dort jedoch vorwiegend kurzlebige Xenon, hier langlebiges Krypton 85. Für die projektierte gesamte Lebensdauer der WAA ist also im Normalbetrieb mit radioaktiven Freisetzungen über den SuperGAU von Tschernobyl hinaus zu rechnen. Ich frage: Ist Ihnen das bewußt? (ZWISCHENRUFEN AUS DEM PUBLIKUM: „ANTWORT!“) Sie haben keine Antwort? (ZWISCHENRUFEN) Herr Mauker, würden Sie bitte antworten?

- VL: Die Abgaben werden, wenn eine Betriebsgenehmigung erteilt wird, festgelegt werden. (PFIFFE)
- EW: Können Sie denn der Bevölkerung Europas diese radioaktive Belastung zumuten? Antwort!
- VL: Frau Mutzbacher, wenn Sie etwas zu erörtern haben an der Anlage, dann stellen Sie Ihre Fragen zur Auslegung der Anlage. Aber stellen Sie keine Fragen ...
- EW: Zur Auslegung der Anlage gehören auch die Freisetzungen. (ZWISCHENRUFEN)
- VL: Diese Freisetzungen - immer unter dem Vorbehalt, daß genehmigt wird - sind im Rahmen der Strahlenschutzverordnung, und die werden im Genehmigungsbescheid festgelegt.

Schließlich werden auch Besonderheiten gesellschaftlicher Gruppen genutzt, die über eine eigene Terminologie und Ausdrucksweise verfügen bzw. sie zur Gruppenintegration und Abgrenzung nach außen nutzen, die in verwaltungsrechtlicher Hinsicht nicht berücksichtigt werden bzw. nicht berücksichtigt werden können. So kann es nicht überraschen, daß die Frauenfrage auch in diesem Bereich gesellschaftlicher Konflikte eine Rolle spielt. Es geht dabei aber nicht nur um die Frage, inwieweit Frauen an der Entscheidungsfindung beteiligt sind, sondern darum, daß durch Frauen ein bestimmter Zungenschlag in die Diskussion eingebracht wird, eine Terminologie und eine Ausdrucksweise, die sich deutlich vom Repertoire verwaltungsrechtlicher Formulierungen unterscheidet. Im folgenden Ausschnitt wird auch die behördliche Hilflosigkeit, in diesem Fall des Versammlungsleiters, im Umgang mit solchen Einwendungen deutlich:

- EW: Ich heiße Jo Göring und komme von der „Mütter gegen Atomkraft-Gruppe“ Starnberg. Ich möchte drei Punkte vorbringen. Erstens, ich vermisse im Gremium dieser Erörterung die Frauen. Ich möchte mich hier von Frau zu Frau auch verständlich machen können. Ich habe massive Sicherheitsbedenken gegen die WAA, denn: Sie ist ein von Männern erdachtes Bauwerk, die mit einer Technik spielen. Und ich sage hier ganz bewußt „spielen“, (APPLAUS) deren Auswirkungen, wenn sie außer Kontrolle ge-

raten, nicht übersehbar, geschweige denn beherrschbar sind. In mir ruht ein ganz tiefes Verantwortungsbewußtsein, ein ganz tiefes Gefühl für meine Kinder. Es ist in mir gewachsen und zwingt mich dazu, hier zu stehen und Sie, meine Herren, daran zu erinnern, daß sie mit allem Tun an dieser WAA Verantwortung tragen für zukünftige Generationen - weit über Ihr Denken hinaus. (APPLAUS) Ein Verantwortungsdenken spreche ich Ihnen nicht ab. Ein Verantwortungsgefühl aber sehr wohl.

VL: Bitte, Frau Göring, auch wir haben das Verantwortungsgefühl, auch wir haben Kinder, und auch wir sehen uns unbedingt verpflichtet, unsere Pflicht als Beamte zu tun und als Sachwalter auch ihrer Belange. (PFIFFE, ZWISCHENRUFEN AUS DEM PUBLIKUM)

EW: Wenn Sie dieses Verantwortungsgefühl, Herr Mauker, wirklich hätten - oder haben -, dann würde ich mir wünschen, daß Sie mit mir ein ganz klares „Nein“ zur WAA sagen. (APPLAUS)

### 3.7 Emotionalisierung

Schließlich - als Fortführung der eben genannten Unterschiede in Terminologie und Denkweise - wird auch ein höchster Grad an Emotionalisierung nicht gescheut, weil er äußerst öffentlichkeitswirksam ist. So wurde auch im Fall der Müllverbrennungsanlage versucht, mit Hinweis auf besondere Gefährdungen Emotionen zu wecken. Es finden sich beispielsweise im vorhin erwähnten Antrag der Freien Wählergemeinschaft zur Rücknahme des Unterstützungsbeschlusses der Gemeinde (s. 3.3) folgende Formulierungen: „Die Emissionen werden zwar vom Wind weggetragen, sozusagen großflächig verteilt, der größte Teil geht aber in der unmittelbaren Umgebung nieder [...] Die Belastung für Kinder und Säuglinge ist dabei höher als bei Erwachsenen [...] Auch für kranke Menschen erhöht sich die Belastung enorm. Es kann doch kein Mensch so ignorant sein, die Aussicht auf so schwerwiegende Belastungen hinzunehmen oder sogar noch zu befürworten und zu unterstützen. Wir appellieren an das Gewissen und Verantwortungsgefühl aller Ratsmitglieder, die doch verpflichtet sind, Schaden von der Gemeinde abzuhalten. Wir bitten alle Ratsmitglieder eindringlich, sich diese Argumente nochmal durch den Kopf gehen zu lassen und zu überdenken, ob sie unserer Gemeinde solche Gefahren zumuten wollen.“

Im folgenden, letzten, Ausschnitt aus dem Erörterungsverfahren zur Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf erzählt eine Mutter die Leidensgeschichte ihres krebserkrankten Kindes:

Hilde Weiß, „Mütter gegen Atomkraft“, Freisingen. Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger. Aus Liebe zu meinen Kindern und Enkelkindern und zu allen Kindern dieser Welt versuche ich die Kraft aufzubringen, meine ganz persönliche Erfahrung der Öffentlichkeit preiszugeben, eine Erfahrung, die bislang nur meinem Mann, meinen Kindern und mir gehört hat. Hier an diesem Ort habe ich am Dienstag während des Vortrags von Herrn Professor Stretzer den Entschluß gefaßt, den Leidensweg meines krebserkrankten Kindes und damit seiner Eltern und Geschwister zu schildern. Im August 1963 unterziehe ich mich der damals staatlich verordneten Röntgen(reihen)untersuchung - nicht wissend, daß ich mich in den ersten Wochen einer Schwangerschaft befand. Als diese Schwangerschaft offenkundig wird, folgen Monate wahnsinniger Angst vor einer Schädigung des Fötus durch diese Strahlenwirkung. Am Muttertag 1964 wird unsere gesunde, kräftige und - verzeihen sie mir, wenn ich sage - bildschöne Elisabeth geboren. Unser Sonnenschein wächst und gedeiht, fünf Monate lang. Im Oktober erschreckt uns ein Tropfen Blut auf der Windel. Ratlosigkeit bei den Ärzten. Vier Wochen später wieder ein paar Tropfen Blut, deutlich erkennbar aus der Scheide. Noch größere Ratlosigkeit bei den Ärzten. Drei Klinikaufenthalte für das kleine Wesen, und Sie wissen, damals noch ohne Begleitung durch die Mutter. Verzweiflung in höchstem Maß bei uns. Und daneben sollen drei gesunde Geschwister in einer heiteren Atmosphäre leben dürfen. Auch dann noch, als wir wissen, daß Elisabeth an Gebärmutterkrebs leidet. Mir wird klar, ich hatte mich ahnungslos Röntgenstrahlen ausgesetzt - zu dem Zeitpunkt, als im Fötus die Gebärmutter gebildet wurde. Unser Kind ist sieben Monate alt, als ihm bei einer Operation eine kastaniengroße bösartige Geschwulst entfernt wird. Am heiligen Abend dürfen wir Elisabeth nach Hause holen. Und tiefe Verzweiflung macht erneuter Hoffnung Platz. Doch schon im Februar die ersten Anzeichen dafür, daß Elisabeth und damit auch wir den Kampf gegen den Krebs verloren haben. Unsere Sprache hat keine Worte, die das Leiden vermitteln können, das eine Mutter und einen liebenden Vater zu erdrücken droht. Wenn ein Kindlein - nehmen Sie ruhig an, Ihres könnte es sein, meine Damen und Herren, - wenn dieses Kindlein heute die Beinchen nicht mehr heben kann, weil sich die Metastasen im Rückenmark angesiedelt haben, morgen sich der Darm nicht mehr entleeren kann, übermorgen Niere, Blase und Harnröhre ihre Funktionen nicht mehr erfüllen und der Bauch aufgetrieben wird, daß sie glauben, er müsse jeden Augenblick platzen. Und stellen Sie sich vor, Sie können das Kind in ihrem Arm bald nicht mehr ernähren, seinen Durst nicht mehr stillen und seine Schmerzen nicht mehr lindern, weil die Metastasen auch die Speiseröhre befallen haben, und das kleine Kind nicht einmal mehr einen kleinen Löffel Tee mit Schmerzmitteln schlucken kann. Das bedeutet, das kleine sterbende Wesen aus der Obhut der elterlichen Pflege und Liebe in die Unpersönlichkeit eines Krankenhauses übergeben zu müssen. Und das

bedeutet auch, daß Elisabeth mit dreizehn Monaten einsam in einem Klinikbettchen und nicht in den Armen ihrer Eltern sterben muß.

Auch mich ergreift - als Vater zweier Töchter - diese Darstellung immer wieder auf's neue - nichtsdestotrotz: es hat seine Wirkung, und die wurde von den Filmemachern Strigel und Verhaag auch noch medial unterstützt: die totale Stille, die am Ende des Beitrags eingespielt wurde, ist ein studioteknischer Trick, der starke Betroffenheit auslöst - es ist das laute Schreien der Stille, wie Georg Büchner das einmal ausgedrückt hat. In der realen Situation dagegen gab es sicher Stühlerücken, Aufstehrascheln, Husten und andere Geräusche zu hören.<sup>12</sup>

#### 4. Schlußbemerkungen

Die vorgestellten kommunikativen Strategien von Bürgern in umweltpolitischen Auseinandersetzungen mit Behörden zeigen, daß der David „Bürger“ sich durchaus Vorteile im Kampf gegen den Goliath „Verwaltung“ verschaffen kann. Diese Strategien sind dabei sogar nur als Auswahl zu betrachten. Solchen Strategien stehen natürlich auf Seiten der Behörden komplementäre Strategien gegenüber, die sich in konkretem Diskursgeschehen manchmal gegenseitig neutralisieren, oft aber auch zur Eskalation bis hin zur gewalttätigen Auseinandersetzung führen.

Die linguistisch-ethnografische Analyse hat hier nicht die Aufgabe, aus ihren Erkenntnissen unmittelbar Verhaltensregeln für die Beteiligten abzuleiten. Wohl aber ist es möglich, auf diese Weise auf besondere Gefahrenstellen, auf Entwicklungsprozesse und auf die diskursiven Resultate kommunikativen Handelns aufmerksam zu machen und so die Reflexion darüber zu befördern. Dies führt zu *Kompetenzerweiterung* und *Flexibilitätszuwachs* im kommunikativen Handeln, Lernziele, die den grundlegenden Eigenschaften kommunikativen Geschehens gerecht werden: der Interaktivität kommunikativer Ereignisse, die ein Training einzelner auf kommunikative Maximen hin nur begrenzt sinnvoll erscheinen läßt und eher auf ein kritisches Be-

---

<sup>12</sup> Ich habe diesen Abschnitt auch in dieser schriftlichen Fassung meines Vortrags belassen, um damit wenigstens anzudeuten, wie mangelhaft für die Gesamtwahrnehmung die reine und sogar nur textorientierte Verschriftlichung der Filmausschnitte ist. Der studioteknischer Trick, auf den ich abhebe, hat sowohl in Vorträgen, wie auch in den Vorführungen des von Werner Nothdurft und mir hergestellten Videofilms regelmäßig zur starken Betroffenheit der Zuhörer beigetragen.

wußtsein den Prozessen gegenüber zu setzen; und der mangelnden Vorhersehbarkeit von Kommunikation, die es erforderlich macht, daß Gesprächspartner lernen, mit Zufälligkeiten, Brüchen und anderen, oft geradezu chaotischen Entwicklungen umzugehen. In zunehmendem Maße macht auch die Mediationsforschung und -tätigkeit Gebrauch von linguistischem Wissen, das Eingang selbst in konkretes Kommunikationstraining von professionell mit solchen Verfahren Befassten findet.<sup>13</sup> Dort zeigt sich, daß es vor allem wichtig ist, „die Haltung der Teilnehmer bewußt zu machen und zu verändern [...]. Erst auf dem Hintergrund veränderter Wahrnehmung und Haltung erfolgt die Einübung bestimmter Techniken, die ihre Wirksamkeit in der Praxis aber auch erst auf der Grundlage veränderter Haltung entwickeln können“ (Wiedemann et al. 1993: 163). Die linguistische Gesprächsanalyse bietet hier das Potential, mit dem Aufzeigen, der Analyse und der Kontextualisierung kommunikativer Phänomene eine solide Grundlagen zu schaffen.

## Literatur

- Deppermann, Arnulf / Spranz-Fogasy, Thomas (1998): Kommunikationsstörungen durch den Gesprächsprozess. Zur Entstehung von Interaktionsdilemmata durch zeitliche Komplexierung. In: Fiehler, Reinhard [Hrsg.] (1998): *Verständigungsprobleme und gestörte Kommunikation*. Opladen. 44-62.
- Nothdurft, Werner (1992): *Müll reden. Arbeiten zur Risiko-Kommunikation*. Heft 32, Jülich: Forschungszentrum KFA.
- Nothdurft, Werner (1996): Schlüsselwörter. Zur rhetorischen Herstellung von Wirklichkeit. In: Kallmeyer, Werner [Hrsg.] (1996): *Gesprächsrhetorik. Rhetorische Verfahren im Gesprächsprozess*. Tübingen. 351-418.
- Nothdurft, Werner (1996 a): *Abschlußbericht des TP C5 „Bedeutungskonstitution im Dialog“ des SFB 245 „Sprache und Situation“*. Heidelberg - Mannheim.
- Nothdurft, Werner (1998): *Wortgefecht und Sprachverwirrung. Gesprächsanalyse der Konfliktsicht von Streitparteien*. Opladen.
- Nothdurft, Werner / Spranz-Fogasy, Thomas (1993): *Öko-Rhetorik. Ein gesprächsanalytischer Film*. Mannheim.
- Spiegel, Carmen (1997): Selbst- und Fremdstilisierungen in umweltpolitischen Auseinandersetzungen. In: Selting, Margret / Sandig, Barbara [Hrsg.] (1997): *Sprech- und Gesprächsstile*. Berlin - New York. 286-317.
- Spranz-Fogasy, Thomas (1992): *Bezugspunkte der Kontextualisierung sprachlicher Ausdrücke in Interaktionen - Ein Konzept zur analytischen*

---

<sup>13</sup> Wiedemann et al. (1993), Wiedemann / Nothdurft (1997).

*Konstitution von Schlüsselwörtern.* Arbeiten aus dem Sonderforschungsbereich 245 „Sprechen und Sprachverstehen im sozialen Kontext“ Heidelberg / Mannheim, Bericht Nr. 50.

Spranz-Fogasy, Thomas (1993): *Beteiligungsrollen und interaktive Bedeutungskonstitution.* Arbeiten aus dem Sonderforschungsbereich 245 „Sprechen und Sprachverstehen im sozialen Kontext“ Heidelberg / Mannheim, Bericht Nr. 52.

Spranz-Fogasy, Thomas (1997): *Interaktionsprofile. Die Herausbildung individueller Handlungstypik in Gesprächen.* Opladen.

Wiedemann, Peter / Femers, Susanne / Hennen, Leonhard (1991): *Bürgerbeteiligung bei entsorgungswirtschaftlichen Vorhaben. Ansätze. Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten.* Berlin.

Wiedemann, Peter / Femers, Susanne / Nothdurft, Werner (1993): *Kommunikatives Konfliktmanagement bei umweltbezogenen Auseinandersetzungen. Diagnose, Trainings- und Bewertungsmöglichkeiten.* In: *Entsorgungspraxis.* 158-163.

Wiedemann, Peter / Nothdurft, Werner (1997): *Alle Macht den Diskursen? Über Mißverständnisse von Diskursen am Beispiel von umweltbezogenen Mediationsverfahren.* In: Köberle, Sabine / Gloede, Fritz / Hennen, Leonhard [Hrsg.] (1997). *Diskursive Verständigung?.* Baden-Baden. 175-188.